

Nachtrag zum Bevölkerungsschutzgesetz

Antrag vom 19. Februar 2024

Huber-Oberriet

Antrag:

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, Botschaft und Entwurf dem ordentlichen politischen Prozess zu unterstellen und entsprechend das Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Begründung:

Die Motion 42.20.18 «Optimierungen im Bevölkerungsschutzgesetz aufgrund der Covid-19-Epidemie» wurde vom Kantonsrat mit 108 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme angenommen.

Wie immer bei Gesetzesanpassungen gehen die Mitglieder des Kantonsrates davon aus, dass Botschaft und Entwurf dem Vernehmlassungsverfahren unterstellt werden, ansonsten würden keine solche Mehrheiten entstehen. Der demokratische Prozess ist wichtig und darf nicht durch die Regierung einfach übersteuert werden. Eine Dringlichkeit, wie sie die Regierung in der Botschaft begründet, war nie vorhanden und ist auch nicht nachvollziehbar. Die Covid-19-Pandemie-Berichterstattung hätte auch unabhängig davon gemacht werden können. Der Nachtrag zum Bevölkerungsschutzgesetz bezieht sich nicht nur auf ausserordentlichen Lagen wie Pandemien, sondern auch auf kommunale und regionale Natur- und Schadensereignisse. Rückfragen – aber nicht eine Vernehmlassung – wurden bei verschiedenen Akteuren nur betreffend Pandemiebewältigung gestellt. Eine Vernehmlassung zum Nachtrag des Bevölkerungsschutzgesetzes bei den verschiedenen Anspruchsgruppen wie Parteien, Führungsstäben, Bevölkerungsschutzkommissionen und politischen Gemeinden ist ein wichtiger demokratischer Akt. Ein echter Einbezug mit einer Vernehmlassung schafft nicht nur Vertrauen, sondern die vielen im Milizsystem arbeitenden Organisationen fühlen sich auch ernst genommen.